

Guido Lechner
Uhlandstr. ●
22087 Hamburg
Pressestelle / Korruptionsblog.com
presse@korruptionsblog.com

Beschwerde Nr.: 20660/2007/2013
Lechner ./ Deutschland

Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80535 München

per Fax: +49 (089) 294044

Hamburg, den 01. März 2017

Geschäfts-Nr. neu ! noch unbekannt

Betrifft: Mein weiterer Antrag vom 09. Juni 2016 Untätigkeitseinspruch,
(Anlage 1).

In dem Ermittlungsverfahren

g e g e n Haupthaus Kunsthaus-Ketterer München

w e g e n u.a. Hehlerei pp.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

gegen die Nichtbearbeitung meines weiteren Antrages vom 09. Juni 2016 lege ich hiermit

U n t ä t i g k e i t s e i n s p r u c h
ein.

B e g r ü n d u n g :

Mein weiterer Antrag vom 09. Juni 2016 betrifft für mich höchst dringliche Angelegenheiten, worauf nochmalig (Anlage 1) Bezug genommen wird.

Es ist nicht mehr vertretbar, dass mein weiterer Antrag vom 09. Juni 2016 seitens der Bayerische Staatskanzlei München bewusst zur Vorteilsnahme und zu Gunsten des Haupthaus Kunsthaus-Ketterer München immer noch nicht durch den aktiven Willen der Verschleierung und Vertuschung bis zum heutigem Tag nicht bearbeitet wurden.

Das ist genauso seitens durch der der Bayerische Staatskanzlei München als weitere teilweise sogar vorgenommene bandenmäßig organisierte schwerwiegende Amtskriminalität im Amte anzusehen und hierbei zu werten, zu Gunsten des Haupthaus Kunsthaus-Ketterer München.

Eine inhaltsgleiche Kopie dieses Antrages vom 01. März 2017, einschließlich Anlage, erhalten vorab per Telefax und per E-Mail zur Kenntnis

der Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der Internationale Zivil- und Strafgerichtshof (IGH) in Den Haag, der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Rechtsabteilung), Berlin sowie die UN-Menschenrechtskommission in Berlin und Genf sowie die internationale Presse.



Guiz/7 Lechner

Guido Lechner
Anzeigender/Geschädigter
Uhlandstr. [REDACTED]
22087 Hamburg

Hamburg, den 09.06.2016

Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80535 München

Beschwerde Nr.: 20660/2007/2013
Lechner ./ Deutschland

vorab per Fax: +49 (089) 294044

Anlage 1

Angezeigte: Haupthaus Kunsthaus-Ketterer München.

Gesamtgegenstandsstreitwert:
100 Millionen Euro zzgl. Zinsen in Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz.
Zeit 1998 durchgehend bis 2016.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

es wurde seinerzeit bereits gegen die oben benannte Angezeigte fristgerecht durch den Anzeigenden bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) Strafanzeige gestellt (siehe Anlagen in Kopie).

Denn die Zuständigkeit hierzu obliegt und liegt hier bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Staatsanwaltschaften München.

Somit liegt rechtlich keinerlei Verjährungen im Sinne der Rechtsprechungen zur Rechtslage vor, da vom Anzeigenden diese eingereichten Vorgänge seinerzeit schon von Anfang an, mehrfach auch vorab per Fax, „fristgerecht“ zur Anzeige gebracht wurden.

Bis zum heutigen Tage sind in diesen Angelegenheiten keinerlei Tätigkeiten / Ermittlungen gegen die o.b. Angezeigte durch die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft München) erfolgt.

Es wurde und liegt somit de facto auch durch dieses Ihre zuständige Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) seit Jahren durch diese Untätigkeiten im Amte unstreitig Begünstigungen und Beihilfen von erheblichen Strafhandlungen vor, indem somit durch die Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) von Amts wegen her auch hierbei systematisch weiterhin schon seit Jahren erhebliche Strafhandlungen u. a. noch durch erhebliche massive Rechtsverstöße und massive Rechtsbeugungen u. a. nach § 339 StGB sogar in Tateinheit mit massiven Strafvereitelungen u. a. nach §§ 258, 258a StGB begangen wurden und weiterhin vorliegt.

Indem auch* hierbei nicht einmal ansatzweise durch Ihre zuständige Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften München) seit Jahren auf diese zahlreichen ergangenen Einlassungen des Anzeigenden hierzu eingegangen wurde, sondern stillschweigend rechtswidrig übergangen wurde.

Offensichtlich ist diese Ihre zuständige Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) seit Jahren bemüht, schwerwiegende Straftaten zu decken und somit sich selbst oder dritte Personen zu ihrer Vorteilsnahme zu begünstigen und den Anzeigenden in seinen Eigentumsverhältnissen schwer zu schädigen.

Der Anzeigende wird auf Grundlage der Vorausführungen bei den zuständigen Europäischen Behörden **Strafanzeige** gegen die Verantwortlichen der Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München) stellen und entsprechende Schadenersatzforderungen gegen die Bayerische Staatsregierung zusätzlich geltend machen.

Der Anzeigende geht mittlerweile ganz klar von einer aktiven Unterstützung, zumindest Duldung und Beihilfe von bandenmäßiger organisierter Kriminalität in Amtsausführung aus und hat und wird weiterführend entsprechende Bundes- und europäische Gerichte/Behörden informieren.

Der Anzeigende nimmt zur Vermeidung von Wiederholungen vollinhaltlichen Bezug auf seine bereits bisherigen eingereichten Einlassungen an diese Ihrer zuständigen Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaften München).

Seit Ihrem Amtsantritt tragen Sie als Bayerischer Ministerpräsident des Freistaat Bayern gleichermaßen eindeutig die gesamte rechtliche und politische Verantwortung für die oben genannten justiziellen Mißstände. Dies gilt ebenfalls für alle Handlungen und Unterlassungen der verantwortlichen Bayerischen stellvertretenden Ministerpräsident/inn/en und Staatsminister/inn/en im Freistaat Bayern.

Als Bayerischer Ministerpräsident des Freistaat Bayern tragen Sie die verfassungsmäßige bzw. organschaftliche Verantwortung für die berufenen Behördenvertretungen des Freistaat Bayern.

Eine inhaltsgleiche Kopie des Schriftsatzes durch den Anzeigenden vom 09.06.2016 ergeht in Kopie vorab per Fax und per E-Mail zur gesamten Kenntnisnahme

u.a. noch an die übrigen zuständigen Bundesbehördenstellen, an den Europäischen Gerichtshof in Straßburg, an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Rechtsabteilung), Berlin, an die Menschenrechtskommission, Berlin und Genf und an den Bundesdatenschutzbeauftragten, Bonn sowie gleichermaßen an die nationale und internationale Presse und die Medien.

Mit freundlichen Grüßen


Guido Lechner